

Sitzstreik gegen Berufsverbot

Von Verfahren betroffene Beamte demonstrierten in Bonn

Von unserem Korrespondenten Dirk Cornelien

BONN, 14. Oktober. Aus Anlaß der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen hat die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ am Dienstag die Disziplinarverfahren gegen bei Bahn und Post beschäftigte Kommunisten angeprangert. 20 Bundesbeamte, gegen die einschlägige Ermittlungen oder Verfahren laufen, veranstalteten auf dem Bonner Münsterplatz einen „Sitzstreik“ und ketteten sich danach demonstrativ in der Bahnhofshalle an, um gegen die ihnen drohende Entlassung zu protestieren.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Georg Hundt, der auch Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative ist, sagte vor Journalisten, gegen 50 Beamte bei Bahn und Post seien zur Zeit Ermittlungen oder Disziplinarverfahren im Gange. Das ließe im Widerspruch zu der von der Bundesregierung angekündigten Liberalisierung. An der Veranstaltung beteiligte sich auch der stellvertretende

Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Klaus-Peter Wolf.

Einer der betroffenen Beamten, der Zugschaffner Hans-Jürgen Langmann, erinnerte daran, daß das Bundesdisziplinargericht seine Entlassung nur wegen Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und wegen dreimaliger Kandidatur bei Wahlen verfügt habe. Zur Zeit arbeitet Langmann aber trotzdem noch als Zugbegleiter. Nach dem Urteil des Gerichts hatte der Beamte Berufung beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt.

Am Dienstagnachmittag veranstaltete die Initiative eine Kundgebung auf dem Münsterplatz. Den zuständigen Ministerien wurden Forderungen nach Einstellung der Verfahren gegen Kommunisten übergeben. Am heutigen Mittwoch wollen Mitglieder der Initiative und betroffene Beamte mit kommunistischen und sozialistischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg über das Thema „Berufsverbote“ sprechen.